

Der Rentenkompromiss droht zu scheitern

Pensionskassen Im bürgerlichen Lager wächst der Widerstand gegen die laufende Reform der zweiten Säule. Die FDP-Fraktion spricht sich gegen das zentrale Element des Vorschlags der Sozialpartner aus.

Fabian Fellmann

Es hätte ein Befreiungsschlag sein sollen, als Arbeitgeberverband und Gewerkschaften im vergangenen Sommer einen gemeinsamen Reformplan für die zweite Säule vorlegten. Nach dem Scheitern des ersten Reformanlaufs an der Urne im Jahr 2017 sollte diesmal dank der Zusammenarbeit der Sozialpartner alles klappen. Doch schon der Start missglückte: Der Gewerbeverband machte nicht mit und präsentierte ein eigenes Paket. Mangels Alternativen reichte der Bundesrat das Konzept der Sozialpartner dennoch praktisch unverändert in die Vernehmlassung weiter.

Nun zeichnet sich aber mit zunehmender Deutlichkeit ab, dass der Rentenkompromiss im bürgerlichen Lager kaum Chancen hat, eine Mehrheit zu finden. Beispielhaft zeigt das die neu zusammengestellte FDP-Fraktion. Sie hat am vergangenen Wochenende an einem Seminar ihre Fraktionsziele definiert und unter anderem über die berufliche Vorsorge diskutiert. Dabei beschloss sie mit deutlicher Mehrheit, eine Umlagekomponente im BVG abzulehnen. Diese sei systemfremd.

Klassisches Umlagesystem

«Damit schlägt die FDP-Fraktion den Kompromissvorschlag der Sozialpartner faktisch aus», sagt ein einflussreiches Fraktionsmitglied. Namentlich will es derzeit nicht in Erscheinung treten, weil das beschlossene Papier noch intern sei. Das Schlüsselement des Kompromissvorschlags sei, dass eine Übergangsgeneration eine Zusatzprämie erhalten soll, damit trotz tieferem Umwandlungssatz die Renten nicht sinken. Kritik übt das FDP-Mitglied daran, woher das Geld für diesen Härteausgleich kommen soll: Finanzieren würden es alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber mit einer Abgabe von zusätzlichen 0,5 Lohnprozenten – ein klassisches Umlagesystem.

In der FDP-Bundeshausfraktion findet nun offenbar eine klare Mehrheit, die Umverteilung solle sich auf die erste Säule, die AHV, beschränken. In der zweiten Säule hingegen, bei den Pensionskassen, solle jeder für sich sparen, Umlageverfahren seien dort fremd. «Dies will die FDP-Fraktion nicht», sagt das Frak-



Die Linken sind für Umverteilung in der 2. Säule, die Bürgerlichen dagegen: SP-Fraktionschef Roger Nordmann (Mitte) und FDP-Fraktionschef Beat Walti (r.). Foto: Peter Klauzner (Keystone)

tionsmitglied. «Der Kompromiss der Sozialpartner wankt stark.»

FDP-Fraktionschef Beat Walti relativiert: Die Fraktionsziele seien ein internes Arbeitspapier mit Eckpunkten und Grundsätzen zu sämtlichen Kommissions- und Sachbereichen. «Wir haben

Die vier Sanierungsvorschläge

Zur Sanierung der zweiten Säule stehen vier Varianten zur Diskussion. Die Zusatzkosten betragen je nach Vorschlag 1,3 bis 3 Milliarden Franken pro Jahr.

— Der gemeinsame Vorschlag der Sozialpartner sieht die Senkung des rentenbestimmenden Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6,0 Prozent vor. Die ersten 15 Neurentner-Jahrgänge sollen zur Kompensation der Rentenkürzungen einen monatlichen Zuschlag von 100 bis 200 Franken erhalten.

— Der Vorschlag des Pensionskassenverbandes Asip sieht gegenüber heute höhere Beitragsätze für die 25- bis 54-Jährigen

aber nicht einzelne Vorlagen behandelt oder uns dazu abschliessend positioniert», sagt Walti. «Zur BVG-Reform läuft bis im März die Vernehmlassung, die Antwort der FDP ist in Erarbeitung, zuständig ist in dieser Phase der Parteivorstand und nicht

vor, und das Alterssparen beginnt neu mit 20 Jahren. Der Umwandlungssatz wird auf 5,8 Prozent gesenkt.

— Der Vorschlag von Baumeistern, Detailhandel und Banken sieht höhere Beiträge für die 25- bis 54-Jährigen vor, und das Alterssparen beginnt neu bereits mit 20 Jahren. Die Beiträge der älteren Arbeitnehmer werden leicht gesenkt. Der Umwandlungssatz wird auf 6,0 Prozent gesenkt. — Der Vorschlag des Gewerbeverbandes sieht höhere Beitragsätze für die 25- bis 54-Jährigen vor. Der Umwandlungssatz wird auf 6,0 Prozent gesenkt. (br)

die Fraktion.» Frei sei der Vorstand nun aber nicht mehr, findet ein FDP-Parlamentsmitglied. «Die FDP-Fraktion hat bezüglich der Umlagekomponente entschieden. Da dies nun so in den Fraktionszielen sein wird, hat die Vernehmlassungsantwort eine Leitplanke.»

CVP ebenfalls kritisch

Auch in anderen Parteien nimmt die Kritik an der Rentenreform zu. Die SVP hat sich von Beginn weg dagegengestellt: Für Fraktionschef Thomas Aeschi wäre es der Anfang einer Verschmelzung von AHV und Pensionskasse. Er warnte vor «einer staatlichen Einheitsrente». Auch in der CVP ist der Reformvorschlag der Sozialpartner umstritten. Die Fraktion hat zwar ihre Position noch nicht beschlossen, aber Eckwerte definiert. «Zur Umlagerung ist die CVP sehr kritisch», sagt Fraktionschefin Andrea Gmür. «Wir haben gelernt aus der gescheiterten Altersvorsorge 2020. Umverteilung kommt beim Stimm-

volk nicht gut an.» Die CVP werde sich weiterhin bemühen, konstruktive Lösungen vorzuschlagen. «Aber auf den Plan B der FDP warten wir immer noch», sagt die Luzerner Ständerätin mit einem Seitenhieb auf den Abstimmungskampf von 2017. Die CVP als Befürworterin der Altersvorsorge 2020 warf damals der gegnerischen FDP vor, keinen Plan B zu haben. «Überhaupt wird wohl alles teurer, als was bei der gescheiterten Altersvorsorge 2020 auf dem Tisch lag», sagt Gmür.

In der Tat scheint ein mehrheitsfähiger Kompromiss nicht einfach zu schmieden. In der CVP findet der Plan des Pensionskassenverbandes Anklang, die Übergangrenten aus Rückstellungen zu finanzieren. Eine Option wäre das möglicherweise auch für die FDP. Die Revision müsse innerhalb des BVG geschehen und die Kompensation für die Übergangsgeneration mit persönlich angespartem Geld finanziert werden, sagt ein FDP-Mitglied.

Nur lehnen die SP und die Gewerkschaften solche Planspiele ab. In der Mitte schliesslich kommt der Vorschlag der Sozialpartner durchaus an. Die Grünliberale Partei etwa weist wohl darauf hin, ein Umlageverfahren gehöre nicht in die zweite Säule, wie Parteisekretär Michael Köpfli sagt. «Gleichzeitig ist es für uns zentral, dass die nächste Reform der Altersvorsorge mehrheitsfähig wird, alles andere ist unverantwortlich gegenüber den Jungen und kommenden Generationen», sagt Köpfli. «Deshalb verschliessen wir uns der Diskussion über zielgerichtete und befristete Ausgleichsmassnahmen für die Übergangsgeneration nicht.»

Allerdings findet Mitte-links auch nach den Wahlen keine Mehrheit im Bundeshaus, wenn die CVP nicht mitmacht: Lehnt das bürgerliche Lager eine Umlagerungskomponente einigermaßen geschlossen ab, wird der Rentenkompromiss im Parlament scheitern.

Suchtexperten drängen auf raschen Start von Cannabis-Versuchen

Drogen Die Pläne der Gesundheitspolitiker des Nationalrats stossen bei Präventionsfachleuten auf Zustimmung.

Es sei an der Zeit, «dass auch unser Land vorwärtsmacht». Das fordert die Stiftung Sucht Schweiz im heute publizierten Suchtpanorama 2020.

Der Bericht war bereits im Druck, als die Gesundheitskommission des Nationalrats am Freitag einen zaghaften Schritt in genau diese Richtung unternahm: Im zweiten Anlauf gab sie grünes Licht für – örtlich und zeitlich begrenzte – Versuche zur kontrollierten Cannabis-Abgabe in der Schweiz. Sie sprach sich dafür aus, dass volljährige Kiffer und Kifferinnen im Rahmen von

Pilotversuchen legal Cannabis beziehen dürfen – sofern es sich um Schweizer Biohanf handelt. Der Nationalrat wird voraussichtlich in der Frühjahrsession über den Experimentierartikel, der die Grundlage für Cannabis-Versuche schaffen soll.

In den letzten Jahren haben zahlreiche Staaten ihre Cannabis-Politik neu ausgerichtet. So legalisierte zu Beginn dieses Jahres Illinois als elfter US-Bundesstaat Erwerb und Konsum für über 21-Jährige, in Kanada darf seit etwas mehr als einem Jahr legal gekifft werden, in Uruguay

schon seit 2014. In Europa bereitete sich Luxemburg auf die Hanflegalisierung vor, während in niederländischen Coffeeshops das Rauchen von Joints schon seit Jahrzehnten geduldet wird.

«Dass 2020 endlich auch bei uns Bewegung in die Debatte kommt, ist höchst begrüssenswert», findet Markus Meury, Sprecher von Sucht Schweiz. «In der Schweiz ist so viel Cannabis im Umlauf, dass es schlicht ausichtslos ist, mit polizeilichen Massnahmen dagegen ankämpfen zu wollen.» Stattdessen brauche es ein Modell, das den Ju-

gendschutz gewährleiste. Er räumt ein, dass das nicht in allen Ländern mit liberalisierten Cannabis-Gesetzen der Fall sei. «Ist eine Regelung zu liberal und lässt beispielsweise umfassende Werbemassnahmen zu, kann dies den problematischen Konsum im Gegenteil sogar pushen.»

Gegen den Experimentierartikel stellen sich die SVP sowie eine Mehrheit der Mittefraktion. Sie argumentieren, es sei widersprüchlich, beim Rauchen laufend strengere Regeln zu erlassen und gleichzeitig Versuche mit Kiffern zu fördern.

Laut repräsentativen Daten hat der Cannabis-Konsum in der Schweiz zuletzt zugenommen: Gaben 2012 noch 2,9 Prozent der Wohnbevölkerung an, im letzten Monat gekifft zu haben, waren es 2017 4 Prozent. Einen leichten Anstieg verzeichnet das Suchtpanorama auch beim Konsum von Kokain. Während beim Alkohol der Pro-Kopf-Konsum seit Jahren abnimmt, zeigen die Daten gleichzeitig eine Zunahme des Rauschtrinkens – insbesondere bei jungen Frauen.

Jacqueline Büchi

Bund will Pestizide rascher aus dem Verkehr ziehen

Pflanzenschutz Der Bund will Pflanzenschutzmittel bei Bedarf rascher als heute vom Markt nehmen können. Das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung schlägt vor, auf eine Neubewertung in der Schweiz zu verzichten, wenn die EU die Bewilligung nicht erneuert. Seit 2006 werden Wirkstoffe, die in der EU vom Markt genommen werden, in der Schweiz neu bewertet. Alle 160 Wirkstoffe, die seither untersucht worden sind, wurden aus dem Verkehr gezogen – blieben bis zum Abschluss des Verfahrens aber erhältlich. (sda)